

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Walter Nussel

Abg. Uli Henkel

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Christian Zwanziger

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dann darf ich fortfahren in der Tagesordnung. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes hier: Schutz der bayerischen Kulturlandschaft und nachhaltige Flächennutzung (5-ha-Ziel) (Drs. 18/28436)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden; damit 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 9 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD, SPD und FDP je 4 Minuten, Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen. – Ich erteile das Wort an Herrn Kollegen Hartmann. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir legen heute einen Gesetzentwurf vor, um das Landesplanungsgesetz zu ändern und endlich dem ausufernden Flächenfraß in Bayern Einhalt zu gebieten. Ich möchte das einmal kurz einordnen: Jeder, der mit offenen Augen durch unser schönes Land fährt, sieht, womit unsere Landwirte zu kämpfen haben. Sie verlieren täglich wertvollen Ackerboden für Straßen, für überdimensionierte Gewerbegebiete und für große Logistikhallen, die buchstäblich auf unseren Wiesen und Feldern wachsen. Wir sehen überall große Discounter mit ebenerdigen Parkplätzen. Diese werden so umgesetzt und gebaut, als ob Fläche unbegrenzt verfügbar wäre. Das wollen wir endlich ändern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um sich dessen einmal bewusst zu werden: Wir verbrauchen seit 2012 durchschnittlich über zehn Hektar pro Tag! Der Verbrauch ist nicht zurückgegangen, trotz aller Apelle, und es ist das größte umweltpolitische Problem, die Herausforderung unserer Zeit, wie wir unseren Boden besser schützen können.

Ich möchte das einmal kurz an drei Bereichen verdeutlichen: Dies ist eine gewaltige Herausforderung für unsere Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel hier produzieren möchte. Sie ist auf Wiesen, Äcker und Felder angewiesen. Wir haben heute Mittwoch. Es sind bereits bald drei Tage dieser Woche um. In diesen drei Tagen haben wir die durchschnittliche Nutzfläche eines durchschnittlichen bayerischen Bauernhofes unter Beton und Asphalt verloren. Anders gesagt: Alle drei Tage gibt ein Bauernhof auf, weil die Fläche wegen Ihrer verkehrten Politik nicht mehr vorhanden ist!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser vorgelegter Gesetzentwurf ist deshalb auch – man kann sagen – ein Schutzprogramm für landwirtschaftliche Nutzfläche, die wir dringend brauchen, um hier Nahrungsmittel zu produzieren. Das ist auch die Wertschätzung, die wir unseren Landwirten gegenüber zum Ausdruck bringen sollten.

Der zweite Bereich sind die ganzen ökologischen Folgen. Wir alle sprechen gerade viel über das Thema sinkende Grundwasserpegel. Wir alle wissen, bei der Grundwasserneubildung kommt es darauf an, dass Wasser auch versickern kann. Ebenerdig betonierte Parkplätze sind hier genau die falsche Antwort in diesem Bereich. Wir haben das Thema Artenschwund im gesamten Land, wo wichtiger Lebensraum in diesem Bereich verloren geht, und hier müssen wir endlich etwas ändern. Das heißt, wir müssen den Flächenverbrauch deutlich reduzieren. Uns geht es um eine Halbierung zum Ist-Zustand. Ich würde mir wünschen – –

(Unruhe)

Wenn die Rede beim Ministerpräsidenten und die Einzelgespräche kurz eingestellt werden könnten! – Bei dem Thema ist interessant: Markus Söder wollte das Thema ja selbst einmal übernehmen. Er hat das Ziel von fünf Hektar ausgegeben, hat bis heute aber keinen einzigen Plan vorgelegt, wie er dieses Ziel erreichen kann. Der Flächenverbrauch ging in den letzten Jahren nach oben und nicht nach unten.

Ein weiterer Bereich ist die soziale Frage, die dazugehört. Wir haben eine Entwicklung in Bayern – und ich glaube, die Zuschauer*innen kennen das sicher zur Genüge, wenn man durch Bayern fährt –, dass zuerst die Umgehungsstraße kommt. Dann siebelt sich dort ein Discounter an, und kurz danach schließt der Laden im Ort. Damit fällt eine fußläufig zu erreichende Einkaufsmöglichkeit weg. Der Flächenverbrauch wird angeheizt. Es fällt eine regionale Handelsstruktur weg, weil das Fleisch beim Discounter nicht vom Bauern aus dem Ort kommt. Genau das alles bewirkt Ihre verkehrte Politik, die wir dringend beenden möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um es auch an den Zahlen klarer zu sehen – ich weiß, die Hektargröße sagt meistens nicht ganz so viel aus –: Allein in der Regierungszeit von Markus Söder von 2018 bis nur 2021 – für diesen Zeitraum von nur drei Jahren liegen die Zahlen vor – hat Bayern eine Fläche von der Größe des Ammersees unter Beton und Asphalt verschwinden lassen. Diese Fläche ist der Landwirtschaft verloren gegangen. Das ist falsch. Das wollen wir beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern wächst der Flächenverbrauch doppelt so stark wie die Bevölkerung. Wir lassen uns ja eingehen: Wenn Menschen geboren werden, wenn Wohnraum gebraucht wird, wenn Schulen wegen des Zuzugs benötigt werden, wird auch etwas mehr Fläche benötigt. Es kann aber nicht sein, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche doppelt so stark bzw. doppelt so schnell wächst wie die Bevölkerung in Bayern. Daran sieht man,

dass Ihre Politik diese wichtige Aufgabe nicht im Blick hat. Wir wollen hier die Notbremse ziehen und als Staat endlich regelnd eingreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Politik der Staatsregierung, auch jene der Vorgänger von Markus Söder, hat immer auf das Bündnis zum Flächensparen gesetzt. 2003 ist es gegründet worden. Es ist also 20 Jahre alt. Es hat aber keine Erfolge geliefert. Irgendwann muss doch auch die Politik Realitäten anerkennen. Wenn die Instrumente nicht greifen und nicht funktionieren, dann müssen doch andere Wege gegangen werden. Genau das machen wir mit unserem Gesetzentwurf.

Söders Politik der Ankündigungen und der Appelle ist in diesem Bereich krachend gescheitert. Es ist in diesem Bereich Zeit für einen Pflichtwert statt eines reinen Richtwerts. Das ist im Interesse unserer Landwirte, die auf wertvolle Äcker und Wiesen angewiesen sind. Das ist im Interesse eines gesunden Wasserhaushaltes wichtiger denn je und vor allem auch im Interesse unserer geerbten Kulturlandschaft und ist wichtig, um die Ortskenntnis zu stärken. Unser Gesetzentwurf hat das Ziel, bis 2028 in mehreren Stufen auf einen Flächenverbrauch von unter 5 Hektar pro Tag herunterzukommen.

Ich erinnere mich an viele Gespräche und Debatten mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, in denen es immer hieß, wie schwer die Konkurrenz mit der Nachbargemeinde ist. Genau da kommt der Freistaat Bayern ins Spiel. Wir müssen die Spielregeln für alle gleichmachen. In Zukunft muss es heißen: Wenn einer meint, er braucht noch einen weiteren Discounter, dann muss er eine Tiefgarage bauen; der Discounter kommt dann ins Erdgeschoss, der Drogeriemarkt kommt in den ersten Stock. Wer so verfährt, kommt mit einem Bruchteil der Fläche aus.

Ich möchte ein positives Beispiel aus meinem Geburtslandkreis Landsberg erwähnen. In der Gemeinde Kaufering ist Hilti, der große Bohrmaschinenhersteller, angesiedelt. Jeder kennt die roten Bohrmaschinen. Hilti hat gewaltig erweitert; dabei aber keinen

neuen Quadratmeter Fläche in Anspruch genommen. An der Stelle, wo die Parkplätze waren, stehen jetzt zwei Parkhäuser mit sechs Stockwerken. Auf dem frei gewordenen Parkplatz hat sich die Firma erweitert. Genau da müssen wir hin. Das wäre eine Politik, die denkt, bevor der Bagger kommt. Dafür möchten wir mit unserem Gesetzentwurf den gesetzlichen Rahmen setzen, um endlich da hinzukommen. Das ist im Interesse unserer Landwirte, die hier in Bayern gesunde Nahrungsmittel anbauen wollen, das ist für einen gesunden Wasserhaushalt und für lebendige Ortskerne. Wir würden sagen: Jeder Grund allein ist endlich. Ihre verkehrte Politik ist endlich zu beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe als nächsten Redner den Kollegen Walter Nussel für die CSU-Fraktion auf. – Herr Abgeordneter Nussel, Sie haben das Wort.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Hartmann, Sie haben einiges verschwiegen und nicht gesagt. Ich möchte versuchen, das zu erläutern.

Zuerst einmal haben wir in den letzten 24 Jahren 2,3 Millionen Menschen im Freistaat Bayern hinzubekommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

2,3 Millionen Menschen! Wie sollen Infrastrukturmaßnahmen und der Wohnungsbau funktionieren, ohne dass wir Flächen verbrauchen?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist kein Grund, überall Parkplätze zu bauen!)

– Darauf komme ich noch zu sprechen. – Wir müssen Verkehrswege schaffen. Wir benötigen sie zur Bewältigung der ganzen Herausforderungen, insgesamt für den Wohlstand und für die Grundversorgung unserer Menschen. Sie haben kein Wort über die Grundversorgung der Menschen gesagt. Ich werde das später zum Landesentwicklungsprogramm noch vertieft ausführen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Denn wir hier im Hohen Haus sind dafür verantwortlich, die Grundversorgung der Menschen im Freistaat Bayern sicherzustellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Darauf müssen wir den Blick werfen. Sie haben in Ihren Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass wir, wenn wir den Entwurf, umsetzen würden, wie Sie ihn uns vorlegen, eine Vorreiterrolle in Deutschland hätten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Richtig!)

Warum machen Sie dann das nicht mit den Regierungen, an denen Sie beteiligt sind?
– Gehen Sie doch auf die zu!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Keiner braucht so viel Fläche wie Bayern! – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wir haben auch beim Landesentwicklungsprogramm die Rücknahme vom Anbindegebot eingeleitet. Auch das ist ein Zeichen. So was haben Sie verschwiegen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Über das LEP reden wir später!)

Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass eine verbindliche Obergrenze für die Gemeinden massiv in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen würde, die wir sonst immer so hochhalten, und negative Folgen hätte.

(Zuruf von der Regierungsbank: Jawohl!)

Wir sagen immer, dass es wichtig ist, dass die vor Ort wissen, was sie benötigen. Natürlich muss der Freistaat Bayern Rahmenbedingungen schaffen, das kann aber nicht so tief gehen, wie Sie einsteigen. Bei jeder Rede hier, zuletzt bei der Haushaltsdebatte vor etwa vier Wochen, habe ich von jeder Fraktion gehört, dass wir zu viel Bürokratie

haben, alles viel zu viel. Das, was Sie in Ihren Gesetzentwurf hineingeschrieben haben, ist ein Wahnsinn an Bürokratie. Das können wir niemals mittragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Manfred Eibl (FREIE WÄHLER))

Die Entwicklung von Wachstumsräumen würde geschwächt. Die Möglichkeiten für finanzschwache Gemeinden würden eingeschränkt. Wir werden jetzt auch an die Stelle kommen, wo Ihre Politik in Berlin uns Probleme beschert, sodass wir um jeden Arbeitsplatz kämpfen müssen. Wenn dann Firmen kommen und eine Möglichkeit anbieten, dann müssen wir vor Ort darauf reagieren können; das geht nicht mit Verboten, wie Sie das hier in Ihren Gesetzentwurf hineingeschrieben haben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie können ja trotzdem ein Parkhaus bauen, aber nur mit Tiefgarage!)

Vor allem entsteht dann auch Rechtsunsicherheit wegen einer rechtlich schwierigen Umsetzung bei der Verteilung. Das sind alles Themen, die ich hier mal klarstellen möchte.

Außerdem werden 42 % der Flächen für den Wohnungsbau in Anspruch genommen. Ich möchte an die großen Städte und Metropolregionen appellieren, wo immer mehr Regularien aufgebaut werden, mit denen das Wohnen verhindert wird, mit denen der Wohnungsbau verhindert wird. Hier wird ein Wahnsinn aufgebaut. Es geht um Investitionen in Lärmschutz und all das, was von eurer Seite immer noch obendrauf kommt. Wer soll denn dann dort noch bauen können? Dann heißt es: Wir wollen billigen Wohnraum schaffen. Das geht nicht zusammen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein weiterer Punkt ist die Flächenstilllegung. Sie regieren in Berlin und sagen, wir müssen in der Landwirtschaft mehr Flächen stilllegen. Hier stellen sich hin und sagen: Die Landwirtschaft wird geschrämt durch unsere Politik, weil wir zu viel ausweisen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Zehn Hektar am Tag!)

– Das sind keine zehn Hektar. Man muss es genau anschauen, wie viele Hektar das sind.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Der Landwirtschaft gehen sie verloren!)

Es gibt genügend Flächen im grünen Bereich, auch wenn gebaut wird. Das muss ich Ihnen nicht erklären. Das wissen Sie. Sie machen hier nur Polemik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Der Landwirtschaft gehen sie verloren!)

Ich komme zu einem Thema, bei dem ich hoffe, dass Sie uns einmal beipflichten und uns unterstützen: Wir entnehmen den Otter nach und nach, damit wir unsere Teichwirtschaft weiterhin fördern können, damit unsere Teichbauern weiterhin Fische produzieren können.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was hat das mit dem Flächenverbrauch zu tun?)

– Das hat mit dem Flächenverbrauch sehr wohl etwas zu tun, ja.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Der Teich wird zubetoniert?)

Ein weiterer Punkt: Ich habe es ja schon einmal angesprochen: Unsere Bevölkerung will beim Einkaufen ein Vollsortiment. Sie will, dass Produkte vorhanden sind.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die Kunden parken auch in der Tiefgarage!)

Vor zehn Jahren hatte der Vollsortimenter etwa 3.000 bis 4.000 Produkte; heute sind wir bei 12.000 Produkten. Das will die Gesellschaft. Ob das für die Veganer und für die Vegetarier ist, die mehr Produkte brauchen, oder ob es in anderen Bereichen ist – die Bevölkerung hat diesen Anspruch. Deswegen brauchen wir natürlich auch das Angebot.

(Zurufe der Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) und Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich bin ja mit Ihnen einer Meinung, dass wir noch einmal darauf schauen müssen, wie es bei Parkplätzen und auch bei Einkaufsmärkten ist, wie man das zukünftig ausgestaltet. Darüber können wir reden. Da muss man schauen: Geht man in die Tiefe oder in die Höhe? Ich sage Ihnen aber auch: Ich war als Zweiter Bürgermeister verantwortlich, als es bei uns um ein Parkhaus ging. Die GRÜNEN haben gesagt, da darf nicht mehr als ein Stockwerk drauf. Die GRÜNEN haben das damals mit verhindert. Sie haben gesagt, der Luftdurchzug wäre geschwächt. Das Parkhaus ist mittlerweile wieder abgerissen.

(Petra Högl (CSU): So ist es! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Große Töne und in der Fläche ganz anders agieren!)

Sie sagen, dass die Bauern wegen unserer Politik aufgeben.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ja!)

Ich sage: Die Bauern geben wegen der Berliner Politik auf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE), Paul Knoblach (GRÜNE) und Ruth Müller (SPD))

Wenn Sie draußen die Augen aufhalten und Ihren Kollegen fragen, der am Montag beim Gastrofrühling war, was die Menschen sagen, warum sie aufgeben müssen, dann hören Sie: Unsere Gastronomen haben gesagt, sie können mit diesen Vorgaben nicht mehr, und sie wissen auch gar nicht mehr, was sie richtig und falsch machen. Sie sollen investieren und sich über Generationen ausrichten,

(Ruth Müller (SPD): Generationen von CSU-Landwirtschaftsministern!)

aber mit der Berliner Politik ist das nicht zu machen; das muss korrigiert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):
Wachsen oder weichen war Ihre Politik! Das war CSU-Politik! – Weitere Zurufe)

– Herr Hartmann! Ich weiß nicht, wie gut Sie sich in der Landwirtschaftspolitik auskennen und was Sie den Menschen draußen erzählen. Ich vernehme: Die Stimmung im Land geht völlig gegen Ihre Gesetzesvorlage, gegen den Vortrag, den Sie gerade gehalten haben. So kann man keine Politik machen, keine zukunftsgerichtete Politik für die Grundversorgung unserer Menschen im Land. Deswegen werden wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen. Ich hoffe, dass Sie zu der Erkenntnis kommen, dass die Berliner Politik für unser Land schädlich und nicht zukunftsträchtig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Nussel. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Uli Henkel von der Fraktion der AfD. Bitte schön, Herr Abgeordneter Henkel.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Mit ihrem 5-Hektar-Ziel irrlichtern die GRÜNEN schon seit Jahren durch den Landtag. Der letzte, fast gleichlautende Gesetzentwurf vom 11. Juli 2019 wurde übrigens fraktionsübergreifend abgelehnt.

Momentan liegt der tägliche Flächenverbrauch in Bayern bei etwa 100.000 Quadratmetern. Diesen Verbrauch wollen Sie nun bis 2028 bis auf die Hälfte reduzieren. Das aber ist doch Planwirtschaft pur. Honecker und seine SED-Genossen wären mächtig stolz auf diesen 5-Jahres-Plan.

Natürlich will auch die AfD die Natur schützen und das Landschaftsbild nicht nachhaltig zerstören.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Aber keiner sagt, wie's geht!)

Aber was denken Sie eigentlich, warum diese 10 Hektar täglich gebraucht werden? – Etwa für die bösen Kapitalisten, weil die Spaß daran haben, die unberührte Landschaft mit Beton und Asphalt zu versiegeln? Oder könnte es vielleicht auch sein, dass es für diese Flächen einen echten Bedarf gibt, für den gerade Sie doch auch mitverantwortlich sind, kann es für Sie doch gar nicht genügend Zuwanderung in unser schönes Land geben. Allein im letzten Jahr kamen 38.700 Asylbewerber und 152.000 Ukrainer zu uns. Damit hat der Freistaat schon mehr Ukrainer aufgenommen als ganz Frankreich. Im Jahr 2041 – so seriöse Prognosen – werden wohl bereits 14 Millionen Menschen im Freistaat leben. Ist Ihnen eigentlich klar, was das bedeutet? – All diese Neubürger brauchen zusätzliche Wohnungen, Krankenhäuser, Straßen, Schulen, Kindergärten, Arztpraxen, Einkaufszentren und natürlich auch Produktionsstätten. Dazu braucht man aber Flächen; denn Luftschlösser bauen können bisher jedenfalls nur die GRÜNEN.

Auch Ihre völlig undurchdachte Energiewende trägt massiv zum Flächenverbrauch bei. Bodenversiegelung in Reinform sind dabei übrigens die Fundamente der von Ihnen so hoch geschätzten Windräder. 3.000 Kubikmeter Beton und 300 Tonnen Stahl können je nach Bauhöhe und Untergrund leicht anfallen. Unser schöner Wald wird von Ihnen dafür auch gerne widerspruchslos geopfert.

Da kann der Bauherr eines kleinen Einfamilienhauses, das es ja wohl bald nicht mehr geben soll, wenn es nach den GRÜNEN geht, bei Weitem nicht mithalten.

(Beifall bei der AfD)

Tag für Tag müssen übrigens auch weitere Solarfelder errichtet werden, damit genügend erneuerbare Energie für die unzähligen Wärmepumpen und Elektroautos generiert werden kann, die Sie den Menschen auch gegen deren erklärten Willen unbedingt aufs Auge drücken wollen. Aber das sind sicherlich gute Flächenverbräuche, die vielleicht sogar gar nicht angerechnet werden sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Sie fordern beim 5-Hektar-Ziel einen Mechanismus, der dieses Ziel auch real durchsetzt. Dafür müsste doch aber ein gigantisches Bürokratiemonster geschaffen werden, das Ihre Zwangsvorgaben berechnen, überwachen und dann gegebenenfalls auch sanktionieren kann. Wie sollen denn die Flächen erfasst und berechnet werden? Was passiert, wenn der Flächenverbrauch überschritten wird? – Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht, oder gehen Sie ohnehin davon aus, dass Sie die Praxistauglichkeit nie werden beweisen müssen, weil Ihr Gesetzentwurf heute natürlich wieder abgelehnt wird?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Erst mal abstimmen!)

Sie räumen ein, dass dem Staat, den Gemeinden und Landkreisen Mehrkosten durch Ermittlung, Verwaltung, Zuteilung und Monitoring des Flächenbudgets und durch den Zeitaufwand für die Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben entstehen. Damit ist aber doch Ihre Behauptung im letzten Satz, dass Ihr 5-Hektar-Ziel Wirtschaft und Bürger nicht belastet, als Lüge entlarvt. Alle Verwaltungskosten werden natürlich an die Bürger weitergegeben, und obendrein werden weniger zur Verfügung stehende Flächen dann auch automatisch zu deutlich höheren Grundstückspreisen führen.

Aus unserer Sicht ist Ihr Gesetzentwurf unausgereift und so auch nicht durchführbar. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Henkel. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege Eibl, bitte schön, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Einzelne, es gibt Verbände, es gibt Institutionen, aber auch politische Mitstreiter, die nach einem umfänglichen sach- und fachorientierten Diskussions- und Verhandlungsprozess Verständnis und

auch ein gewisses Maß an Einsehen für getroffene Entscheidungen aufbringen. Zu diesem Kreis, meine Damen und Herren, gehört BÜNDNIS 90 nicht. Dies zeigt der heutige Gesetzentwurf; denn Ihre Vorstellung und Ausrichtung sind geprägt von Verboten und von Einschränkungen – von Ihrer politisch ideologischen Haltung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Vom Schutz unserer landwirtschaftlichen Fläche ist er geprägt!)

Im Gegensatz zu Ihnen gehen wir bürgerlich geprägten Parteien einen ganz anderen, einen erfolgversprechenden Weg. Wir setzen auf die Förderung des gesellschaftlichen und sozialen Miteinanders in einer Welt, die von Krisen und Schwierigkeiten geprägt ist.

Speziell das Thema Flächensparen wurde in diesem Hohen Haus bereits umfänglich, mehrfach und sehr intensiv diskutiert. Kein anderes Bundesland hat dies in dieser Tiefe praktiziert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Bayern verbraucht auch am meisten Fläche! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir haben auch am meisten Wohlstand! – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist doch kein Freibrief, Ackerflächen zu betonen! – Tobias Reiß (CSU): Auf dem Baum droben werden wir auch keinen Wohlstand organisieren!)

Der Staatsregierung ist die angestrebte Reduzierung des landesweiten Flächenverbrauchs wichtig. Daraus resultierte mit der Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes die Feststellung eines Richtwerts von 5 Hektar Flächenverbrauch pro Tag.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Nicht mal ansatzweise erreicht!)

Dies ist ganz bewusst als Richtwert und nicht als verbindliche Obergrenze genannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn wir FREIEN WÄHLER lehnen eine verbindlich festgelegte Flächenzuweisung auf kommunaler Ebene strikt ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ergänzt wird der Richtwert und die dahin gehende Festlegung durch die Konkretisierung in der Teilstreifung in Kapitel III des Bayerischen Landesentwicklungsplans. Für uns ist es nämlich von besonderer Bedeutung, Regelungen mit einem gewissen Augenmaß festzulegen,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Unverbindlichkeit!)

das vor allem angesichts der aktuellen wie auch der kommenden Herausforderungen, Herr Hartmann, ein Maß an Flexibilität gewährleistet,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ein Maß an Unverbindlichkeit!)

um auf Bedarfe auch kurzfristig reagieren zu können.

Wir gehen diese Herausforderungen mit zahlreichen Maßnahmen im Zuge der Flächensparinitiative gezielt an. Seit dem Jahr 2019 werden bayerische Kommunen und Planungsverbände von Flächensparmanagern beraten und unterstützt. Im Frühjahr 2021 wurden diese mit zusätzlichen Stellen personell nochmals weiter verstärkt. Mit gezielten und auf Kommunen angepassten Fördermaßnahmen in der Städtebauförderung unterstützen wir in einem noch nie dagewesenen Umfang die Innenentwicklung mit dem Programm "Innen statt Außen". In Ihrer Begründung zum Gesetzentwurf führen Sie aus:

Der Freistaat Bayern leistet damit seinen Beitrag zur Erreichung des 30-ha-Ziels und ihm kommt eine Vorbildfunktion gegenüber den anderen Bundesländern zu, die zwar teilweise ebenfalls Flächenverbrauchsziele ausgesprochen haben, diese Ziele aber nicht als verbindliche gesetzliche Vorgabe formuliert haben.

– Da sehen Sie, wie der Stand bundesweit in Ihren Zuständigkeiten in den Bundesländern in Deutschland ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört! – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sie hören nicht zu!)

– Herr Hartmann, wir gehen bereits deutlich voraus.

(Paul Knoblach (GRÜNE): Wo? – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wo denn?)

Setzen Sie als GRÜNE die verbindlichen Festlegungen dort um, wo Sie Regierungsverantwortung tragen, wie es Walter Nussel schon gesagt hat.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wir verbrauchen weniger Fläche als Sie!)

Dann reden wir einmal weiter, Herr Hartmann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ihnen, Herr Hartmann, sollte bekannt sein, dass der bundesweite Flächenverbrauch nach dem Agrarstatistikgesetz berechnet wird. Sie führen in Ihrem Gesetzentwurf aus, dass Flächenverbräuche für die Schaffung von regenerativen Energien nicht als Flächeninanspruchnahme gelten dürfen. Ich frage Sie: Was ist mit dem Wohnungsbau? Was ist mit dem Bereich Radverkehr, bei dem die Staatsregierung vorhat, 1.500 Kilometer neue Radwege zu errichten?

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Ich sage es Ihnen nur: Für einen Kilometer Radweg sind 5.000 bis 6.000 Quadratmeter Flächen notwendig.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann bauen wir eben 200 Straßen weniger!)

Das ist Ihre Ausrichtung, und Ihre Verhinderungspolitik ist unendlich maßlos!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie wollen zwischen gutem und schlechtem Flächenverbrauch unterscheiden. Das ist Ihr Ziel; das ist Ihnen genehm. Wir werden auch in der Schlussbehandlung hier im Plenum Ihren Gesetzentwurf eindeutig ablehnen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Eibl. Es gibt keine Meldung zur Zwischenbemerkung.

(Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Hat sich keiner getraut!)

– Als Nächste kommt Frau Annette Karl zu einer regulären Wortmeldung ans Rednerpult. Sie hat in den nächsten Minuten das Rednerpult für sich. Bitte schön, Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die immer stärkere Flächenversiegelung, also die Umwandlung von Natur und Landschaft in bebaute Flächen, ist ein großes Problem in Deutschland und vor allen Dingen auch in Bayern. Zunehmende Einwohnerzahlen, verändertes Wohnverhalten und höhere Bedarfe, zum Beispiel für den Wohnungsbau oder den Ausbau erneuerbarer Energien, sind einige Ursachen dieser bedenklichen Entwicklung.

Der Gesetzentwurf beschreibt die Folgen dieser zunehmenden Flächenversiegelung eindringlich und völlig korrekt. Auch die Betroffenheit der Landwirtschaft sehen wir hier durchaus. Das heißt: Wir alle sind gefordert, letztendlich Lösungen zu entwickeln, die aber auch der Komplexität der Probleme gerecht werden. Dieser Gesetzentwurf, den die GRÜNEN nach ihrem gescheiterten Volksbegehren nachgeschoben haben, ist für uns eher keine Lösung.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Vor Gericht gescheitert!)

Das beginnt bei dem Sprachduktus, der diesen Gesetzentwurf durchzieht und eher an ein Wahlkampfpapier denn an einen ernst zu nehmenden Gesetzentwurf erinnert. – Herr Kollege Hartmann, zum gefühlt hundertsten Mal: Flächen werden weder gefressen noch verbraucht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Widerspruch des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Die Oberfläche der Erde ändert sich nicht; sie ist nämlich kein Luftballon, der eine undichte Stelle hat.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Aber die landwirtschaftliche Fläche wird gefressen! Sie ist nachher weg! – Tobias Reiß (CSU): Vielleicht von Herrn Hartmann gefressen!)

Jetzt aber inhaltlich zu der Frage, wie wir die zunehmende Flächenversiegelung in den Griff bekommen: Die Bundesregierung hat sich auf das Ziel, maximal 30 Hektar pro Tag Versiegelung in Deutschland bis 2030 festgelegt, was 5 Hektar pro Tag in Bayern entspricht. Der Gesetzentwurf will jetzt 5 Hektar bis 2028 mit verbindlichen Mengenvorgaben für jede einzelne Gemeinde verbindlich festlegen. Auch die SPD spricht sich letztendlich für verbindliche Vorgaben aus. Wir haben aber deutlich unterschiedliche Vorstellungen davon, wie man das landesplanerisch auch so umsetzen kann, dass den Kommunen nicht die Möglichkeit genommen wird, sich zu entwickeln, und dass eine weitere Schwächung des ländlichen Raums nicht provoziert wird.

Der Gesetzentwurf sieht Härtefallreserven und das, was davon übrig bleibt, als Budget verteilt auf die einzelnen Gemeinden vor, sodass die Gemeinden dann ansparen oder mit anderen Gemeinden tauschen können. – Dazu muss man Folgendes sagen: Das ist zunächst einmal eine irrwitzige Bürokratie, die damit aufgebaut wird.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Nein!)

Wenn eine Gemeinde zum Beispiel einen Hektar von der Nachbarkommune aus dem Budget haben will, weil sie ihren Kindergarten erweitern will, dann muss nach Ihrem Gesetzentwurf ein städtebaulicher Vertrag zwischen den beiden Kommunen abgeschlossen werden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ja, das machen wir ständig!)

Glauben Sie denn, die Gemeinden haben nichts Besseres zu tun?

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Walter Nussel (CSU) und Benno Zierer (CSU))

Außerdem besteht nach Ihrem Gesetzentwurf weiterhin die Möglichkeit, dass bei diesem Tausch Geld fließt. – Dazu sage ich: Das ist Flächenkapitalismus vom Feinsten. Wir wollen nicht, dass ärmere Kommunen auf Kosten der reicherer schrumpfen, die sich diesen Kauf leisten können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die SPD geht deshalb einen anderen Weg. Wir sagen: verbindliche Vorgaben auf Ebene der Planungsregionen genau so, wie es jetzt die Staatsregierung bei den Flächen für Windkraft macht.

(Paul Knoblach (GRÜNE): Was macht sie denn? – Nichts!)

Dort sitzen Städte und Gemeinden gemeinsam in einem Boot. Dort kann man Entwicklungspläne für eine Region gemeinsam entwickeln und dann schauen, dass wir diese Flächenversiegelung auch in den Griff bekommen. Dafür möchten wir die Planungsverbände so ausstatten und demokratisch legitimieren, dass das dort möglich ist. Das erscheint uns als der fairere Weg, und den werden wir weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Walter Nussel (CSU) und Alex Dorow (CSU))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Kollegin Karl. – Als nächsten Redner darf ich den Abgeordneten Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als FDP haben schon zu Beginn der Legislaturperiode – auch aus der Überzeugung heraus, dass die Flächeninanspruchnahme für Entwicklungen sicherlich auch Herausforderungen und Belastungen an anderer Stelle auslöst – den Vorschlag unterbreitet, diese 5 Hektar, die Gesamtbayern bei über 2.000 Planungsträgern, insbesondere Gemeinden und auch staatlichen Planungsträger, so pauschal zu beachten hat, was wir für nicht operationalisierbar halten, weil sich niemand wirklich angesprochen fühlt, einmal durchzudeklinieren und – wenn man so will – durchzukonjugieren, um jeder einzelnen Gemeinde als Empfehlungs- und Orientierungswert einmal zu sagen, was das für den jeweiligen Bereich bedeuten würde.

Wir alle wissen, dass danach auch große Probleme zu diskutieren sind und das auch gerecht und sachgerecht zu entwickeln und zu betreiben ist. Die Probleme sind alle aufgerufen und wurden in den letzten Jahren diskutiert; die wenigsten davon sind in diesem Gesetzentwurf der GRÜNEN auch wirklich gelöst worden, sie sind eher verlagert worden oder unausgesprochen geblieben. Ich will in der Kürze der Zeit auch nur noch ein paar wenige ansprechen.

Zunächst einmal stört uns wirklich schon allein die Wortwahl, wenn also von ausuferndem und ungezügeltem Flächenfraß gesprochen wird, der die Natur zerstört.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das tut er ja!)

In der Pressemitteilung in dieser Woche war von Flächenverlust für Bayern die Rede; aber das wird doch dem Problem nicht gerecht. Es geht doch im Kern um eine Debatte über eine sachgerechte und zeitgemäße Flächennutzung

(Beifall bei der FDP sowie des Abgeordneten Alex Dorow (CSU))

angesichts der vielfältigen Herausforderungen, die auch Kollege Eibl vorhin noch einmal aufgezählt hat. Das hat auch mit der Attraktivität Bayerns zu tun.

Die Zahlen, die Sie in Ihrer Begründung genannt haben, sind zum Teil schlicht falsch. So wird auf Seite 7 der Begründung behauptet, der bayerische Anteil belaufe sich gegenwärtig auf 12 Hektar pro Tag. – Tatsächlich weisen die aktuellen Zahlen 10,3 Hektar pro Tag aus. Wenn Sie dann selbst auch noch davon ausgehen, dass Flächen für erneuerbare Energien und Ausgleichsflächen herausgerechnet werden sollen, dann wäre es doch jetzt einmal ehrlich gewesen, bei der Diagnose der derzeitigen Situation schon einmal das herauszurechnen, was derzeit bei diesen 10,3 Hektar auf erneuerbare Energien und Ausgleichsflächen entfallen ist. Dann hätten wir schon eine ganz andere Ausgangslage.

(Beifall bei der FDP)

Nächster Punkt: der Flächenhandel. Er ist ein Anschlag auf die ländlichen Räume und die kleinen Kommunen. Die Gemeinde Zenting – ich habe Zenting deswegen genommen, weil der Kollege Schuberl dort her ist – hat derzeit 1.115 Einwohner.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): So ländlich leben wir GRÜNE!)

– Die Erfahrungen, die dort gemacht werden, spiegeln sich aber nicht in Ihrer inhaltlichen Politik wider!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das führt zu einem Flächenverbrauchsrecht von 941 m^2 pro Jahr. Das ist doch keine Grundlage und bietet keine Perspektive.

Zu der Gemeinde Ottobrunn mit 21.000 Einwohnern ohne Entwicklungsmöglichkeiten: Auch denen wollen Sie dann Flächen zuteilen. Die können Sie dann den Zentingern höchstbietend verkaufen. Das hat die Kollegin Karl auch schon vorgetragen.

Zuletzt noch ein Hinweis, weil ich keine Zeit mehr habe: Bei den vorab abgezogenen 35 % fehlt jeglicher Hinweis, wo in der Fläche Bayerns Sie das verteilen wollen und wie sich da das Thema "Gleichwertige Lebensbedingungen" widerspiegeln soll.

Alles Weitere müssen wir im Ausschuss diskutieren. Aber unsere Tendenz ist klar: Dieser Gesetzentwurf ist nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Herr Swoboda. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Warum kümmern sich die GRÜNEN um einen Flächenverteilungsplan? Das ist doch reine Verwaltungsbürokratie. Das ist doch gar nicht die Stärke dieser grünen Fraktion und auch nicht der grünen Partei. Ihr habt doch eine andere Stärke, die mehr mit Ideologie im Zusammenhang steht. So sehe ich auch diesen Gesetzentwurf zur Landesplanung. Sie wollen eigentlich Flächenplanwirtschaft. Sie sind ideologisch motiviert, weil Sie Regulierung und Verbote wollen. Das sagen Sie auch ganz offen.

Sie wollen die freie Bauleitplanung der Kommunen ersetzen und damit letztlich einen Umbau der Gesellschaft fördern; denn Tatsache ist doch: Wenn Sie mal in Regierungsverantwortung sind, so wie jetzt in Berlin, brauchen Sie auch in Bayern Flächen, die Sie bebauen können, nämlich für diejenigen, die Wohnraum suchen. Wer ist das denn? – Das sind die Leute, die in unserer Gesellschaft neu hinzukommen. Das ist doch ganz klar. Zunächst verdichten wir Wohnraum, und dann kommen neue dazu. Die müssen sich ausbreiten können. Dann stehen Sie wieder vor Ihrem eigenen Problem: Wenn Sie nämlich die kommunale Selbstverwaltung angreifen, und das wollen Sie mit dieser staatlichen Zwangswirtschaft tun, dann sind Sie auf dem Weg zum Zentralstaat. Dann können Sie in der Gesetzeszusammenfügung alles, was Ihnen mozaiksteinchenartig einfällt, schaffen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf zerstört unseren Wohlstand und ist demokratiefeindliche Politik. Diese Politik ist auch skrupellos; denn Sie richten sich damit gegen Deutschland und gegen die Interessen des deutschen Staatsbürgerrechtsvolks. Denn der vorgeschlagene Mechanismus der grünen Flächenbudgetierung mit degressivem Verteilungsschlüssel und Anspars- und Übertragungsmodellen – das wurde alles schon hinreichend beschrieben – beschreibt eine wirklich ausufernde Monsterbürokratie –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit, Herr Kollege!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – mit Flächenregister und kommunalen Flächenkonstruktionen. So eine Monsterbürokratie brauchen wir nicht –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – ich bin gleich am Schluss –,

(Zurufe)

wohl aber Lösungen in Bezug auf den ungezügelten Flächenfraß, wie Sie es bezeichnet haben. Dem muss man natürlich irgendwie begegnen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Genug!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Swoboda. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist Herr Christian Zwanziger von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege Zwanziger.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt mal etwas ansprechen, was in den letzten gefühlten vierzig Minuten, also dem größten Teil der Debatte nach der Einbringung, keine Rolle gespielt hat, nämlich das, was mein Kollege Ludwig Hartmann am Anfang angesprochen hat: Warum schlagen wir das vor? Warum machen wir das denn? Warum wollen wir, dass wir in Bayern sorgsamer mit Flächen umgehen?

(Walter Nussel (CSU): Weil ihr keine Ahnung habt!)

– Wegen der Landwirtschaft, wegen der Erholung, wegen der Freizeit und auch wegen der zukünftigen Generationen. Das ist nämlich noch gar nicht gesagt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie tun ja gerade so, als ob die Fläche vermehrbar wäre.

Ich möchte ein paar Punkte nennen. Die Debatten wiederholen sich ja, und die Gegenargumente werden aus meiner Sicht nicht besser. Dennoch möchte ich mich kurz mit ihnen auseinandersetzen.

Das Argument war: Die anderen machen es doch auch nicht. – Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber das hat doch jeder von uns schon gehört. Das Argument "Die anderen machen es doch auch nicht" hat doch noch nie irgendwo geholfen.

Als Beispiel, Herr Nussel, nehme ich mal Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat ziemlich genau die Hälfte der Landesfläche von Bayern, aber fast genauso viele Einwohner – 13 Millionen zu 11 Millionen – und einen höheren Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche. Aber bei der Hälfte der Landesfläche hat Baden-Württemberg nicht ganz 15 % Siedlungs- und Verkehrsfläche für 11 Millionen Einwohner. Bei uns in Bayern haben wir fast 13 % Siedlungs- und Verkehrsfläche bei doppelt so viel Landesfläche. Es ist doch nicht so, dass wir die flächeneffizientesten Verwender in dieser Republik wären.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ludwig Hartmann (GRÜNE): Nein!)

Sie sind jetzt 24 Jahre zurückgegangen. Ich gehe mal nur die letzten 5 Jahre zurück, für die es die Zahlen für den Flächenverbrauch gibt. Wenn ich die Jahre 2017 bis 2021 nehme, dann ist die Bevölkerung in diesem Zeitraum um nicht mal 1,4 % gewachsen und die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 1,8 %. – Also tun wir doch nicht so, als ob da nicht weiterhin eine Schere wäre! Wir nehmen mehr und mehr Siedlungs- und Ver-

kehrsflächen in Anspruch, ohne dass die Bevölkerung in gleichem Maße wächst. Wären die Steigerungsraten gleich, hätten wir eine andere Debatte.

Sie haben auch argumentiert, die Menschen wollen im Supermarkt mehr Produkte. Ich habe mir sagen lassen – es war vor meiner Zeit, ich bin 2018 in den Landtag gewählt worden –, dass schon mal das Argument war, dass die veganen Produkte und die Regionaltheke im Supermarkt der Grund sind, warum wir in Bayern so viel Flächenverbrauch haben.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das kann ich einfach nicht ernst nehmen. Wie gesagt: Vegane Produkte und Regionaltheken im Supermarkt sind garantiert nicht der Flächentreiber. Das wissen Sie selber auch.

Thema Radwege. Die Radwege werden auch ganz gern genommen. Mich wundert es, dass heute die Friedhöfe und die Kindergärten nicht genannt worden sind. Ich nenne zum Beispiel die Radwege, die die Staatsregierung in Bayern bauen möchte, mit Normbreiten von 2,50 Meter für Decke und Böschung links und rechts und Abstandsfäche zur Staatsstraße. Ich lese immer wieder, dass die Staatsregierung jedes Jahr 190 Kilometer Radwege bauen will. Selbst wenn wir auf 5 Hektar Flächenverbrauch runterkommen, bauen wir bei einer Begrenzung auf 5 Hektar am Tag im ganzen Jahr 15 Tage Radwege und haben 350 Tage für alles andere, was Sie beschrieben haben, was nicht mehr geht, wenn wir Flächenverbrauch begrenzen und Radwege bauen. Das kann ich nicht ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann haben Sie angesprochen, dass es schon so viele Initiativen gibt. – Das stimmt. Kollege Hartmann hat es schon zitiert: Es gibt seit Anfang der Nullerjahre das "Bündnis zum Flächensparen in Bayern" – hat keine große Änderung gebracht. Seit 2019 gibt es die Flächensparoffensive – hat nicht wirklich weitergeholfen. Ich frage mich,

wann die Politik mal reagiert, wenn sich nichts ändert. Auch in dieser Legislaturperiode waren wir jedes Jahr konstant bei über 10 Hektar Flächenverbrauch am Tag, teilweise sogar bei fast 12 Hektar. Sie kritisieren, dass die Zahlen falsch sind. Sie sollten mal auf die Seite des LfU gehen. Die sprechen selber von im Schnitt 12 Hektar am Tag in den letzten Jahren und reden selber von Flächenverbrauch. Das heißt, diese Exkurse, ob man das jetzt Flächenverbrauch, Flächenfraß oder sonst wie nennen darf, sind eine Diskussion, die ablenken soll. Das sind Nebelkerzen. Deswegen befasse ich mich damit gar nicht.

Es geht darum: Wir brauchen auch in Zukunft Flächen für Ernährung, Natur und zukünftige Generationen. Die wollen vielleicht auch noch irgendwas machen. Hier so zu tun, als ob wir heute so weitermachen könnten, ohne dass es uns irgendwann auf die Füße fällt, finde ich unehrlich. Deswegen haben wir den Gesetzentwurf vorgelegt. Deswegen machen wir noch mal einen Vorstoß, dass der Landtag den Flächenverbrauch in dieser Legislatur endlich angeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zwanziger. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Ich sehe keinen. Dann ist das so beschlossen.